

*Fest vorbehalten, Anlay! heute, j. ch-
nung*

P r o t o k o l l

der 49. Sitzung der Gemischten Kommission DDR - UdSSR

Die 49. Sitzung der Gemischten Kommission DDR - UdSSR fand am 18. September 1990 statt.

Turnusgemäß wurde sie vom Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Helmut Domke, geleitet.

Teilnehmer

von seiten der DDR

- | | |
|-----------------------------|---|
| Dr. H. Domke | - Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten |
| Dr. W. Fleck | - Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten |
| Chefinspekteur
H. Müller | - Leiter der Abt. Versorgungsdienste im Ministerium des Innern |
| Generalmajor
W. Zickmann | - Verwaltung Operativ im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung |
| E. Kortüm | - Leiter der Abt. V im Ministerium der Finanzen |
| K. Schmidt | - Leiter der Abt. Territoriale Beziehungen im Ministerium für Regionale und Kommunale Angelegenheiten |

- K. Steinhofer - Leiter der Unterabt. Sowjetunion
im Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten
- H. Lasrich - stellvertretender Unterabtei-
lungsleiter im Ministerium für
Wirtschaft

Experten

- H. Wötzel - Unterabteilungsleiter im
Ministerium für Ernährung, Land-
und Forstwirtschaft
- H. Göbel - Vertreter der Deutschen
Versicherungs-AG
- Ch. Thomasius - Leiter der Unterabt. Wasser-
wirtschaft im Ministerium für
Umwelt, Naturschutz, Energie
und Reaktorsicherheit

von seiten der UdSSR

- G. S. Schikin - Außerordentlicher und Bevoll-
mächtigter Botschafter der
UdSSR in der DDR
- Armeegeneral
B. W. Snetkow - Oberkommandierender der West-
gruppe der Streitkräfte
- Generaloberst
A. N. Kalinitschenko - Chef der Politischen Verwaltung
der Westgruppe der Streitkräfte
- I. F. Maximytschew - Gesandter der Botschaft der UdSSR
in der DDR

Experten

Generalleutnant
J. A. Gorbatjuk

- Stellvertreter des Oberkommandierenden der Westgruppe der Streitkräfte für Rückwärtige Dienste

Generalmajor
W. S. Stepanow

- Stellvertreter des Oberkommandierenden der Westgruppe der Streitkräfte für Bauwesen und Unterbringung

Generalmajor
W. S. Skljär

- Chef des Finanzdienstes der Westgruppe der Streitkräfte

Oberst
S. G. Ostojew

- Stellvertreter Verwaltung für Gefechtsausbildung

Oberst
A. L. Danilow

- Vorsitzender des Rates der Gesellschaft der Militärjäger der Westgruppe der Streitkräfte

W. W. Nowikow

- Botschaftsrat der Botschaft der UdSSR in der DDR

1. Die Kommission verständigte sich über Fragen der Verhütung von Übungsschäden durch die Westgruppe der Streitkräfte. Der Oberkommandierende der Westgruppe der Streitkräfte wird weitere Maßnahmen ergreifen, um die bezeichneten Schäden zu minimieren. Als Maßstab gilt bis zur Schaffung entsprechender vertraglicher Vereinbarungen zwischen Deutschland und der UdSSR die Übungsschadenverhütungsordnung der Nationalen Volksarmee vom 10. Januar 1983.
2. Im Zusammenhang mit der Erörterung von Fragen der Realisierung der Vereinbarung über das Verfahren zur Regelung von materiellen Schadenersatzansprüchen vom 27. 12. 1957 wiesen die Seiten auf die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen dem Beauftragten des Ministeriums für Finanzen, der Deutschen Versicherungs-AG, und dem Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte. Es bestand Übereinstimmung darin, daß bis zur Schaffung neuer vertraglicher Regelungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion die Vereinbarung vom 27. 12. 1957 weiterhin Anwendung finden soll.

Die Seiten vereinbarten, die Fälle im Zusammenhang mit der Regelung von materiellen Schadenersatzansprüchen nochmals zu prüfen, zu denen bislang keine Einigung erzielt wurde.

Das Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte prüft nochmals seine Möglichkeiten zur Begleichung von Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Versicherungs-AG aus der Regelung von materiellen Schadenersatzansprüchen, die den auf dem Territorium der DDR befindlichen Bürgern dritter Staaten zugefügt wurden.

3. Die Kommission führte auf der Grundlage der vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit gegebenen Information einen Meinungs austausch zur Einhaltung des geltenden deutschen Umweltrechts durch die sowjetischen Streitkräfte und stellte fest, daß diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken ist.

Das Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte wird zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Einhaltung deutschen Rechts im Bereich Umweltschutz seitens der Westgruppe der Streitkräfte sicherzustellen und Umweltschäden zu verhüten.

Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Zusammenarbeit zwischen den für den Umweltschutz verantwortlichen deutschen Behörden und den sowjetischen Streitkräften zu vertiefen. Das schließt die umgehende gemeinsame Überprüfung der durch die sowjetischen Streitkräfte genutzten Objekte hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des Umweltschutzes sowie die Festlegung erforderlicher Maßnahmen zur Sanierung von Schadobjekten ein.

Die DDR-Seite verwies auf die Nützlichkeit der Erarbeitung vertraglicher Regelungen zu Fragen des Umweltschutzes, die neben Maßnahmen der Verhütung und Behebung von Schäden auch die Verfahrensweise zur Sicherung von Umweltkontrollen in Objekten der sowjetischen Streitkräfte beinhalten sollten.

4. Im Ergebnis der Erörterung von Fragen des Verhältnisses zwischen der deutschen Bevölkerung und den sowjetischen Streitkräften hoben beide Seiten die besondere Bedeutung einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Behörden und den Dienststellen der Westgruppe der Streitkräfte in den Territorien hervor, um einvernehmliche Lösungen u. a. zu solchen Fragen wie dem Umweltschutz und der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, sowohl der deutschen Bevölkerung als auch der Angehörigen der Westgruppe der Streitkräfte und ihren Familienmitgliedern, zu finden.

Der Oberkommandierende der Westgruppe der Streitkräfte informierte über die Bereitschaft, die Erweiterung der Beziehungen und Kontakte zwischen den Streitkräften und der Bevölkerung in verschiedensten Formen und auf allen Ebenen aktiv zu unterstützen.

5. Die Seiten erörterten die Möglichkeiten zur Neuregelung der Jagdausübung durch Jäger der Westgruppe der Streitkräfte auf dem Gebiet der DDR und unterbreiteten entsprechende Vorschläge.

Solange mit dem Stationierungsabkommen keine Neuregelung des Jagdrechtes durch Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte erfolgt ist, gelten die Bedingungen der Vereinbarung vom 1. Oktober 1964 zwischen dem Rat der sowjetischen Armeejagdgesellschaft und der Obersten Jagdbehörde der Deutschen Demokratischen Republik über die Nutzung von Jagdgebieten, die Ausübung der Jagd und über die Beziehungen der Angehörigen der sowjetischen Armeejagdgesellschaft und der Mitglieder der Jagdgesellschaften der Deutschen Demokratischen Republik. Die in dieser Vereinbarung der Obersten Jagdbehörde der DDR übertragenen Aufgaben werden von den Ländern bzw. den Bezirksverwaltungsbehörden wahrgenommen.

Eine Reduzierung der Anzahl oder der Größe der vereinbarten Militärjagdgebiete in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und in Erholungsgebieten ist zwischen den Landessprechern bzw. nach ihrer Wahl den Ministerpräsidenten der Länder und dem Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte zu vereinbaren.

6. Die Kommission bestätigte die Aufstellung der seit der 48. Sitzung durch die zuständigen Organe der DDR bearbeiteten und befürworteten Anträge des Oberkommandos der Westgruppe der Streitkräfte auf Bereitstellung von Gelände sowie die Aufstellung der durch das Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte seit der 48. Sitzung zurückgegebenen Geländeflächen und Gebäude (Anlage).

Die DDR-Seite bekräftigte die Bitte an das Oberkommando der Westgruppe der Streitkräfte, weiterhin nach Möglichkeiten für die Rückgabe von Gelände zu suchen.

Die Erfassung der von der Westgruppe der Streitkräfte auf dem Territorium der DDR genutzten Liegenschaften wurde in enger Zusammenarbeit beider Seiten abgeschlossen. Das Ergebnis wurde in einer Objektliste sowie einem Katalog topographischer Karten dokumentiert.

Ein Exemplar der Dokumente übergab der Vorsitzende der DDR-Seite dem Vorsitzenden der UdSSR-Seite.

7. Die Seiten konstatierten, daß die Arbeit der Gemischten Kommission während der gesamten Zeit deren Bestehens konstruktiv, im Geiste des gegenseitigen Verständnisses verlief und der Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern beider Länder diene.

Der Vorsitzende der Seite
der Deutschen Demokratischen
Republik in der Gemischten
Kommission DDR-UdSSR

Der Vorsitzende der Seite
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken in der
Gemischten Kommission DDR-UdSSR

Dr. H. Domke

G. S. Schikin

Anlage

Liste der seit der 48. Sitzung der Gemischten Kommission DDR - UdSSR durch die zuständigen DDR-Organen bearbeiteten und befürworteten Anträge des Oberkommandos der Westgruppe der Streitkräfte auf Bereitstellung von Gelände

Lfd. Nr.	Antrag vom	Ort	Größe in Hektar
1	26.08.1989	Pritzwalk Kreis Pritzwalk Bezirk Potsdam	0,20
2	14.12.1989	Hillersleben Kreis Haldensleben Bezirk Magdeburg	1,53
			<hr/>
			1,73

Liste der durch das Oberkommando der WGS zurückgegebenen Gelände-
flächen und Gebäude

Ort	Größe in Hektar	Anzahl Gebäude
Prenzlau Kreis Prenzlau Bezirk Neubrandenburg	33,50 ¹⁾	
Belzig Kreis Belzig Bezirk Potsdam	11,70	
Neuruppin Kreis Neuruppin Bezirk Potsdam	1,40	
Torgau Kreis Torgau Bezirk Leipzig	3,79 ²⁾	
Zeithain Kreis Riesa Bezirk Dresden (Garnison Objekt Nr. 3)	0,80	
Jüterbog Kreis Jüterbog Bezirk Potsdam Militärobjekt Nr 2, Fuchsberg	14,50	43
Drögen Kreis Gransee Bezirk Potsdam Militärobjekt Nr. 1	61,98	87
Ohrdruf Kreis Gotha Bezirk Erfurt Friedrichstraße 8/10, 9/11, 13/15		3
Potsdam Helene-Lange-Straße 12		1
Cottbus Paul-Hornig-Straße 36 und 37		2
Beeskow Kreis Beeskow Bezirk Frankfurt/Oder Rathenaustraße 1, 2, 4, 6 und 7		5

1) wurde auf 46. Sitzung bestätigt

2) wurde auf 45. Sitzung bestätigt

<u>Ort</u>	<u>Größe in Hektar</u>	<u>Anzahl Gebäude</u>
Jena		
Kreis Jena		
Bezirk Gera		
Rathenaustraße 2		1
Hochstraße 1		1
	127,67	143